

19. Mai 1762 - Johann Gottlieb Fichte geboren; Philosoph und Vertreter des deutschen Idealismus

25. Mai 1901 - Norwegen führt als erstes europäisches Land das allgemeine Frauenstimmrecht auf kommunaler Ebene ein

20. Mai 1902 - Kuba erlangt die Unabhängigkeit von Spanien. Erster Präsident wird Tomás Estrada Palma

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

09. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

15. Mai 2012

Haushalt der Stadt Halle (Saale) vom Stadtrat beschlossen Strukturelle Überlegungen statt sozialem und kulturellem Kahlschlag

Mit Zustimmung der LINKEN hat die Stadt Halle ihren Haushalt 2012 beschlossen. „Wir tun das nicht mit Begeisterung, aber mit dem Wissen um die Verantwortung unserer Stadt“, sagte Swen Knöchel. So richtig Gutes lässt sich wahrlich schwer finden am Etat für das laufende Jahr. Man kann es auch so formulieren: Steuermehreinnahmen und weniger schlimm ausgefallene Kürzungen der Landesmittel sind der Rettungsanker für den Dilettantismus der Verwaltung. Der nicht genehmigte Haushalt 2011 darf sich nicht wiederholen – darin waren sich wohl fast alle haleschen Stadträte einig. Anlass, den Vorschlag der Verwaltung auseinanderzupflücken, gab es dennoch genug. Swen Knöchel, der die Haushaltsrede für die Fraktion DIE LINKE hielt, brachte es auf den Punkt: Fehlende strukturelle Überlegungen und die Unfähigkeit, die wirklichen Aufgaben der Stadt in den Fokus zu nehmen, führten zu reichlich „albernen Vorschlägen“. Ganz vorne wäre da sicherlich die Streichliste zu nennen, die dem Stadtrat mit dem ersten Entwurf des Haushaltsplanes

im Dezember des vergangenen Jahres präsentiert wurde. 17 Millionen Euro umfassten die Kürzungsvorschläge der Verwaltung bei einem Haushaltsdefizit von 29,5 Millionen Euro. Durch zähe Verhandlungen in den Ausschüssen waren die Kürzungen glücklicherweise vom Tisch, als der Stadtrat über den Etat 2012 abstimmte. „Weil man sie nicht wegen fehlendem Sparwillen, sondern wegen fehlender Seriosität oder schlichter Nichtmachbarkeit nicht umsetzen konnte“, sagte Swen Knöchel.

Das Elend muss man an dieser Stelle auch nicht überstrapazieren – genannt seien nur einige Beispiele: Kürzungsvorschläge betrafen etwa einzuhaltende Verträge mit dem Händelhaus und der Händelhalle. Bei der Kinder- und Jugendhilfe wollte man gleich mal eben kürzen, was schon gekürzt worden war. Als schlechten Scherz konnte man das bezeichnen, was der Oberbürgermeisterin im Sportbereich an Sparmaßnahmen in den Kopf kam. Zum einen sollten die Vereine 500.000 Euro weniger erhalten, zum anderen noch in diesem Jahr 610.000 Euro für die Nutzung der

Sportanlagen zahlen. Machbarkeit? Fehlanzeige! Verhandlungen mit den Sportvereinen, die bereit waren, über eine Beteiligung an den Betriebskosten zu sprechen? Ebenfalls Fehlanzeige!

„Da wird um ein paar tausend Euro verbissen gekämpft und die Millionenbeträge links liegen gelassen“, bilanzierte Swen Knöchel das Agieren der Oberbürgermeisterin und ihrer Verwaltung. Exakt 1,3 Millionen Euro umfassen letztlich die Einnahmeverbesserungen, die durch die Fraktion DIE LINKE in den diesjährigen haleschen Haushalt eingebracht wurden und das war schon durch einfache Techniken möglich, wie dem Betrachten der IST-Zahlen des Vorjahres. Anlass zur Kritik bot der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung nämlich auch in rein handwerklicher Sicht zur Genüge. Okay, die Umstellung auf die doppische Haushaltsführung mag Probleme mit sich bringen. Dass zahlreiche Bilanzposten oder Leistungsdaten einzelner Fachämter schlichtweg nicht in den Haushaltsplan eingepflegt waren, bleibt unterm Strich mangelhaft. weiter auf Seite -5-

Gespräch mit dem Seniorenrat Halle

Am 7.05.2012 ist Swen Knöchel der Einladung des Seniorenrates Halle gefolgt und hat sich und seine Ideen als Oberbürgermeisterkandidat für die Stadt Halle vorgestellt. Was ist wichtig im Alter, wie kann und muss Stadtgestaltung vorangebracht werden, um den Ansprüchen aller gerecht zu werden. Für die Senioren hat er zukünftige Lebensperspektive, Barrierefreiheit und somit auch Sicht- und Gehbehinderungen abzubauen, gut ausgebauter Nahverkehr und ein weitreichendes Netz der Gesundheitsversorgung thematisiert.

Dass durch die Stadtgestaltung Familienfreundlichkeit bewirkt werden muss, darüber waren sich alle Anwesenden einig. Und somit schlug Swen Knöchel den Bogen

vom Säugling zum Senior und welche konkreten Ziele er angehen will. Im Bereich Kita und Schule müssen wir Qualitätsdiskussionen führen, Ausbildungsplätze sollen für alle Bildungssysteme bereit stehen, Universität und anschließendes Berufsleben in Halle muss deutlich an Attraktivität gewinnen. Aber auch Ansiedelung von kleinen und mittelständischen Unternehmen muss mehr fokussiert werden, denn damit kann die Stadt auch zu mehr Einnahmen gelangen.

Nach seinen Ausführungen gab es dann Anregungen und Nachfragen der Senioren. So wurde auf die Qualität und Quantität von Begegnungsstätten in unserer Stadt hingewiesen, das Demenzzentrum und die wissenschaftlichen Fortschritte

auf diesem Gebiet wurden hervorgehoben, aber auch das Thema Altersarmut wurde angesprochen. Die Seniorenbeauftragte der Stadt machte noch einmal deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sei. Ein großes Manko ist, dass die Beratungsleistungen für die älter werdende Bevölkerung stark zurückgegangen sind, obwohl die Nachfrage deutlich gestiegen ist – es besteht hier ein eindeutiges Missverhältnis und somit Handlungsbedarf. Das Gespräch war für die Senioren wie für unseren Oberbürgermeisterkandidaten interessant. Und auch hier wurde wieder deutlich, dass er mit außerordentlichen Kenntnissen in vielen Bereichen und Kompetenzpunkten konnte. AKS



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tändig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
10.05.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 24.05.2012

Wo einzahlen sich auszahlt!

Am 13. April 2012 haben 30 Bundestagsabgeordnete offiziell die „Treuhandliegenschafts Genossenschaft FAIRWOHNEN iG“ gegründet, um sich am Bieterverfahren des Bundesfinanzministeriums für 11.500 überwiegend ehemals volkseigene Wohnungen zu beteiligen. Der Verkauf der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) – seit Anfang des Jahres in eine TLG WOHNEN und eine TLG Immobilien mit Gewerbeimmobilien aufgespalten – ist europaweit ausgeschrieben und soll bis Ende 2012 abgeschlossen werden. Ein erster Anlauf zur Privatisierung wurde im Herbst 2008 aufgrund der Finanzkrise abgebrochen. Doch mittlerweile sind die Investoren wieder finanzstark aufgestellt.

Nein, unser Angebot und die Genossenschaftsgründung ist nicht als PR-Gag oder Witz zu verstehen, wie uns die politische Konkurrenz aus der SPD unterstellt. Wir meinen es ernst. Schließlich greift die Privatisierung der TLG WOHNEN in die Lebenswirklichkeit von 11.500 Haushalten in Ostdeutschland ein, mit absehbaren negativen Folgen, sollten am Ende eine „Heuschrecke“ den Zuschlag erhalten. Mit dieser Intention musste ich in den letzten Wochen oft auf Nachfragen von Journalisten antworten, bzw. die Vorhaltungen der politischen Konkurrenz kontern.

Die betroffenen Wohnungen sind über alle fünf ostdeutschen Bundesländer auf 42 Städte verteilt. Schwerpunkte gibt es etwa in Rostock (1200 Wohnungen), Merseburg (1400), Dresden (2300) und Strausberg (970). In der Presse wird der Gesamtwert des Un-

ternehmens allein für die TLG WOHNEN GmbH mit mindestens 569 Millionen Euro geschätzt. Ob dieser Betrag realistisch angegeben ist, wissen wir erst im Rahmen der zweiten Stufe – das eigentliche Bieterverfahren – wenn die Genossenschaft Einsicht in sämtliche Unterlagen der TLG Wohnen GmbH nehmen konnte.

Auch uns wäre es lieber gewesen, wenn Kommunen und örtliche Genossenschaften einzelne Wohnungsbestände hätten erwerben können. Einen entsprechenden Antrag – mit dem Titel „Ausverkauf staatlichen Eigentums stoppen – Keine Privatisierung der TLG-Wohnungen“ (Drs.-Nr. 17/9150) – haben wir in den Bundestag eingebracht. Die Mehrheit aus CDU/CSU/FDP hat diesen aber erwartungsgemäß abgelehnt. Erst danach haben wir die Idee geboren, uns selbst aktiv am Bieterverfahren zu beteiligen.

Der Name FAIRWOHNEN, den sich die frisch gegründete Wohnungsgenossenschaft linker Politikerinnen und Politiker gegeben hat, ist dabei Programm. Wir wollen verhindern, dass die Bundesregierung auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter Kasse macht und die Immobilien meistbietend verhökert. Der Staat würde damit einmal mehr die Verantwortung für eine soziale Wohnungspolitik aus der Hand geben und tausende von Mieterinnen und Mietern der Willkür des Finanzmarktes überlassen. Gerade angesichts rasant steigender Mieten, sinkender Realeinkommen und einer neuen Wohnungsnot halten wir das für unverantwortlich. Ganz im Gegensatz zur Bundesregierung halten wir

Wohnen für ein fundamentales Grundbedürfnis der Menschen. Es ist eben kein normales Wirtschaftsgut, mit dem spekuliert werden kann, um möglichst hohe Rendite rauszuholen. Die Wohnung ist der persönlichste Rückzugsraum, Privatsphäre, der Ort individueller Freiheit schlechthin. Internationale Finanzunternehmen, die fleißig im Bieterverfahren mitmischen, gehorchen einzig der Logik des Marktes. Wie bereits in der Vergangenheit bei ähnlichen Privatisierungen sind die Instrumente der Profitmaximierung absehbar: Es drohen Einzelverkäufe von hochwertigen Wohnungsbeständen an zahlungskräftige Erwerber, maximale Ausschöpfung der Mieterhöhungsspielräume, Einsparungen bei Bewirtschaftung und Verwaltung der Wohnungsbestände und Stellenabbau in der Wohnungsverwaltung. Gerade letzteres hat zur Folge, dass auch eine gut klingende Mieterschutzklausel oder Sozialcharta wirkungslos bleibt und keinen Schutz bietet.

Wir – die Gründer der Genossenschaft und unsere zahlreichen Unterstützer – wollen beweisen, dass es auch anders geht. Wir werden beweisen, dass Renditejagd und Privatisierungswahn nicht alternativlos sind und dass auch in einer Marktwirtschaft soziale Zwecke durchaus effektiv und demokratisch zu erreichen sind. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums mit unserer Initiative stoppen. Genossenschaftler sind also selbstbestimmte Eigentümer und gleichzeitig Mieter ihrer Wohnung. Das garantiert maximale Sicherheit bei einer relativ geringen Investition entsprechend unserer

Satzung. Bisher sind über 40 Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE der Genossenschaft beigetreten. Insgesamt wächst die Mitgliederzahl täglich. Unser Ziel ist es, bis Ende Juni die Zahl von 1000 Genossenschaftmitgliedern zu erreichen. Dazu brauchen wir aber vor allem das Vertrauen der heutigen TLG-Mieterinnen und Mieter. Nicht zuletzt, um glaubhaft und seriös gegenüber dem Bundesfinanzministerium im weiteren Bieterverfahren auftreten zu können. Um das zu erreichen, müssen wir vor Ort Überzeugungsarbeit leisten. Deshalb haben wir eine Tour durch die Städte und Gemeinden organisiert, in denen es Wohnungen der TLG gibt. Sicher eine logistische Herausforderung, möglichst viele der 11500 Haushalte direkt anzusprechen, zu überzeugen, alle Fragen zu beantworten und Unsicherheiten auszuräumen. Hier erwartet uns viel Arbeit, die aber das Ziel alle Male wert ist. Den Tourplan der Info-Veranstaltungen, die Beitrittserklärung, die gültige Satzung und viele Hintergrundinformationen sind auf der offiziellen Homepage der Genossenschaft www-tlg-fairwohnen.de abgelegt. Unsere Idee trifft auf immer mehr Begeisterung und Anhänger. Alle Beteiligten spüren: GEMEINSAM schaffen wir das Ungeplante!

Heidrun Bluhm,
MdB – Fraktion DIE LINKE,
Aufsichtsratsvorsitzende der
Treuhandliegenschafts Genossenschaft
FAIRWOHNEN
Berlin, den 4. Mai 2012

Cuba sí jetzt auch in Halle

Am 1. Mai präsentierte Cuba.Sí am Stand der Linken in Halle (Saale) sein Programm der Solidarität mit Kuba. Die seit November 2011 bestehende Regionalgruppe wurde erweitert und nennt sich jetzt Regionalgruppe Halle/Saalekreis. Es wurden fünf neue Mitglieder gewonnen. Eine Spendensammlung ergab 88,20 • für das Konto „Milch für Kubas Kinder“.



(Natürlich standen wir unter dem Dach der Linken, aber wenn die CDU für Cuba sí wirbt, schadet es auch nichts.)

Jetzt geht es darum, konkrete Aktionen zu organisieren. Neben Geld werden auch vielerlei Sachspenden benötigt, vor allem medizinische Hilfsgüter, Schul- und Bürobedarf, didaktisches Spielzeug, Musikinstrumente, Arbeitsmittel, Fahrräder u. v. a. m.

Wichtig: Alle Sachspenden sollen funktionstüchtig und in einem guten Zustand sein!

Wer bei uns mitmachen will, wendet sich bitte an:
Siegfried Eisenreich, BO Kabelsketal, Tel. 034605-20180
oder per Mail: Siegfried.Eisenreich@t-online.de

Cuba sí

Haushalt...

Fortsetzung von Seite -1-

Swen Knöchel bekräftigte es noch einmal: „Nicht sozialer und kultureller Kahlschlag, sondern eine stetige Aufgabenbetrachtung helfen uns, den Haushalt in den Griff zu bekommen“. Eine Strategie wäre nicht zuletzt beim Problem der Hilfen zur Erziehung angebracht, wo die Verwaltung scheinbar lieber mit teuren Maßnahmen auf das Kind im Brunnen reagiert als auf Prävention, etwa durch die Besetzung freier Stellen beim Allgemeinen Sozialen Dienst zu setzen. Vom Stadtrat der LINKEN musste sich die Oberbürgermeisterin zudem an ihre Aufgaben auf Landesebene erinnern lassen. Im Gesetzgebungsverfahren zum Finanzausgleichsgesetz etwa einzufordern, was Halle zusteht und für die Stadt notwendig ist und sich sowohl in den Kulturkonvent als auch in die Novellierung des Kinderförderungsgesetzes für Halle einzubringen.

Bleibt unterm Strich zu sagen, dass die Verwaltung für ihren Haushaltsentwurf von allen Seiten um die Ohren bekam. Dass die Stadt jetzt trotzdem über einen beschlossenen und wahrscheinlich genehmigungsfähigen Haushalt verfügt, ist sicherlich auch dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im halleschen Stadtrat und Vorsitzenden des Finanzausschusses, Bodo Meerheim, zu verdanken, der bei zähen Verhandlungen den Durchblick behielt.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

ESM und Fiskalpakt verhindern! Demokratie und Sozialstaat verteidigen!

Europaweite Aktionstage gegen das Spardiktat
Blockupy-Frankfurt 16.-19 Mai

In Frankreich und Griechenland wurde das EU-Spardiktat abgelehnt. Sarkozy, der Partner von Merkel in der EU-Politik, ist Geschichte. Die Parteien der Kürzungscoalition in Griechenland stehen vor einem Scherbenhaufen. Die linken Parteien, die sich gegen den verordneten Sozialkahlschlag der EU gestellt haben, erzielen nach unzähligen Generalstreiks Rekordergebnisse.

Die europäischen Regierungschefs, allen voran Merkel, wollen mit dem Fiskalpakt und dem 500 Milliarden schweren Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) Banken und Konzerne retten und Sozialkürzungen und Privatisierungen in ganz Europa durchsetzen. Die Auflagen des ESM und der Fiskalpakt zwingen alle unterzeichnenden Länder zu einer knallharten Sparpolitik. Sie senken die Verschuldungsgrenze der „Maastricht-Kriterien“ von bisher 3 auf 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn Länder den Sparkurs nicht umsetzen, bekommen sie keine ESM-Gelder, drohen ihnen Strafen und dürfen sie nicht mehr selbst über ihre Finanzen entscheiden. Der Fiskalpakt ist ein undemokratischer, unsozialer Vertrag, der parlamentarische Entscheidungen aushebelt.

Dies hat zur Folge, dass nun ganz Europa einen extremen Sparkurs fahren muss. Wenn aber alle den Gürtel enger schnallen, droht europaweit eine Rezession – mit entsprechender Wirkung auf Arbeitslosigkeit und öffentliche Finanzen. Wie in Griechenland drohen überall Lohn- und Renten-

kürzungen, öffentliches Eigentum soll privatisiert und im Öffentlichen Dienst in großem Maß Beschäftigte entlassen werden. In Griechenland und Spanien sind bereits jeder zweite Jugendliche und jeder fünfte Erwachsene arbeitslos.

Mit den Signalen aus Griechenland und Frankreich im Rücken, können wir in Deutschland den Widerstand gegen das Spardiktat ausweiten. Die Aktionstage „Blockupy-Frankfurt“ werden organisiert von einem Bündnis von attac, occupy-Aktivisten, Erwerbslosenforum, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen, ver.di-Jugend Hessen, DGB-Jugend Hessen-Thüringen, DIE LINKE und vielen linken Gruppen.

Der Bundestag hat bereits seine Entscheidung über ESM und Fiskalpakt auf den Juni verschoben. Dies ist ein erster Erfolg. Bisher wollen SPD und Grüne unter der Maßgabe zustimmen, dass dem Fiskalpakt ein Wachstumspakt für Arbeitsplätze verabschiedet wird. Denn Merkel braucht eine Zweidrittel-Mehrheit. Die Schuldenbremse des Fiskalpakts wird aber mehr Arbeitsplätze vernichten, als je durch ein Wachstumsprogramm aufgebaut werden kann. Wäre der Fiskalpakt bereits in Kraft, müssten in Deutschland 30 Milliarden Euro gespart werden, beispielsweise jeder dritte Euro in der Bildung. Wir müssen nun den Druck auf SPD und Grüne verstärken, dem Spardiktat nicht zuzustimmen.

Christine Buchholz,
Friedenspolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

7. Sommeruniversität der Partei der Europäischen Linken

Einladung nach Portaria (Griechenland), 18. bis 22. Juli 2012

„Peoples of Europe unite!“

ist das Motto der Sommeruniversität 2012 der Europäischen LINKEN (EL). Sie findet nun schon zum siebenten Mal statt und wird in diesem Jahr maßgeblich von der griechischen Synaspismos (Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie) gemeinsam mit dem Netzwerk Transform! durchgeführt.

Die Sommeruniversität

Vom 18. bis 22. Juli 2012 wird die Sommeruniversität der EL in der griechischen Kleinstadt Portaria ausgerichtet. Der grundsätzliche Ansatz der Sommeruniversität hat sich in den vergangenen Jahren bewährt: Ziel ist es, einen Austausch zu ermöglichen und in ungestörter Atmosphäre, die nebenbei Raum zum Netzwerken und lockerem Beisammensein bietet, miteinander zu diskutieren und von- und miteinander lernen. Gleichzeitig werden verschiedene Themenblöcke durch Fachleute eingeführt und in Arbeitsgruppen oder im Plenum diskutiert. Themen sind in diesem Jahr u.a. Jugend und Prekarität, linke Wege aus der Krise und die Zusammenarbeit linker Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Europa.

Wichtig: Arbeitssprachen sind Englisch, Französisch und Griechisch! Es gibt keine deutsche Übersetzung.

Wir werden in diesem Jahr erstmals ein Vorbereitungsseminar durchführen, welches einen Tag vor dem Abflug in Berlin stattfinden wird.

Der Veranstaltungsort

Portaria befindet sich nahe der

Stadt Volos auf halbem Weg zwischen Athen und Thessaloniki in der Region Thessalien. Neben der politischen Diskussion besteht auch Zeit, die Umgebung mit ihren landschaftlichen, kulturellen und historischen Kostbarkeiten zu erkunden. Es werden etwa 300 Teilnehmende aus ganz Europa erwartet.

Zielgruppe

Unser Angebot richtet sich an junge und jung gebliebene Aktivistinnen und Aktivisten der Partei DIE LINKE.

Zeitplan

01. Juni 2012 Bewerbungsschluss
10. Juni 2012 Teilnahmebestätigung
17. Juli 2012 Vorbereitungsseminar in Berlin

18. Juli 2012 Abflug nach Griechenland

22. Juli 2012 Rückreise

Kosten

Der Teilnahmebeitrag beträgt 150,00 Euro (ermäßigt 100 Euro) pro Person. Darin sind die Anreise, alle inhaltlichen und politischen Veranstaltungen, Übernachtungen im 3- bis 4-Bettzimmer sowie die Verpflegung enthalten. Wir bieten an, als Gruppe von Berlin aus an- und abzureisen. Wenn Du Deine

Reiseplanung lieber selbst in die Hand nehmen möchtest, ist das selbstverständlich auch möglich. Bitte merke dies in Deiner Rückantwort an.

Interesse?

Wenn wir Dein Interesse geweckt haben, dann freuen wir uns auf Deine Bewerbung. Ein kurzes Motivations schreiben, was Du Dir von der Teilnahme an der Sommeruniversität erhoffst, würde uns sehr freuen. Bitte schicke Deine Unterlagen an:

Partei DIE LINKE
Bereich Politische Bildung
z. H. Daniel Wittmer
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
daniel.wittmer@die-linke.de

Bewerbungsschluss

ist der 1. Juni 2012. Bitte schicke Deine Bewerbung ausschließlich an die genannte Adresse und nicht an das EL-Büro in Brüssel. Es gibt die Vereinbarung, dass die Anmeldungen bei den nationalen Parteien gesammelt werden. Für Rückfragen steht Andreas Günther (andreas.guenther@die-linke.de; Telefon 030 / 2400 9305) zur Verfügung.

Regionalkonferenz in Vorbereitung des Bundesparteitages

(Sachsen und Sachsen-Anhalt) in Leipzig

Regionalkonferenz in Vorbereitung des Bundesparteitages (Sachsen und Sachsen-Anhalt) in Leipzig, 23. Mai 2012,
Beginn 18.00 Uhr, Globana Airport Hotel, Frankfurter Str. 4,
04435 Schkeuditz (bei Leipzig), Raum „New York“

Geplant ist, dass sich zur Konferenz die KandidatInnen für die neu zu wählende Parteispitze vorstellen und mit uns in die Diskussion kommen. Weiterhin wird der Leitantrag des Parteivorstandes an den Bundesparteitag diskutiert werden.

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

24.05.2012

Beginn 18.00 Uhr

Kulturtreff, Am Stadion 6

Die Piraten-Partei – ein neues Generationen- projekt?

„Jung, männlich, gottlos“ – so charakterisierte jüngst die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter Berufung auf die Wahlanalysen der letzten Landtagswahlen die Wählerschaft der Piraten-Partei. Manche Parteienbeobachter sehen im Aufstieg der Piraten-Partei Ähnlichkeiten mit den Grünen im vergangenen Jahrhundert: Von den anderen Parteien liegengelassene Themen der jüngeren Generation, damals „Umweltschutz“ und „Abrüstung“, heute „Transparenz“, „Beteiligung“ und „Netropolitik“ machen neue Parteien stark. Steckt in der Piraten-Partei mehr als eine vorüberhuschende Protestpartei? Das hängt auch davon ab, wie die anderen Parteien auf die Erfolge der Piraten-Partei reagieren. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für DIE LINKE aus der Sicht der Wahlanalysen?

mit **Horst Kahrs**

(Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin)

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle
Blumenstr. 16, 06108 Halle
TEL/Fax: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de
V.i.s.d.P.

Viola Schubert-Lehnhardt
ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG Sachsen-Anhalt

67. Jahrestag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus



Auf Einladung des VdN-BdA und des Vereins Hallesche Freunde der Völker der ehemaligen Sowjetunion e. V. versammelten sich am 8. Mai, dem 67. Jahrestag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus, etwa 60 Hallenser, darunter auch viele russische Mitbürger, auf dem Südfriedhof, um der Opfer des letzten Weltkrieges zu gedenken. Hier, an den Gräbern von sowjetischen Soldaten und Zivilisten, betonte Prof. Dr. Claudia Dalbert, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, dass aus der Erinnerung die Verpflichtung erwachsen müsse, jedem Angriff auf die Demokratie, jedweder Verharmlosung des Nationalsozialismus und allen rechtsextremistischen Tendenzen entschieden entgegenzutreten. Während der Rezitation des Gedichtes 'Erkenntnis über Krieg und Frieden' von E. Rasmus konnten sich wohl viele der Anwesenden bei den Zeilen 'Dunkelheit umhüllt den Geist, werden Krieg als Frieden preist' des Gedankens an aktuelle politische Debatten nicht enthalten.

Im Anschluss an eine Minute des stillen Gedenkens legten viele der Teilnehmer Kränze und Blumen am Ehrenmal oder an den Gräbern nieder.

Steffen Casper

